



# NEUE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Anknüpfend an den Artikel „Fit für die nächste industrielle Revolution? Thesen und Fakten zur digitalen Transformation in der öffentlichen Verwaltung“<sup>1</sup> werden in den nächsten Ausgaben der .public die dort aufgestellten Thesen anhand von Beispielen anschaulich vertieft. Den Anfang machen die beiden Thesen „Die Kundenperspektive ist entscheidend – auch in der öffentlichen Verwaltung“ und „Föderalismus und Ressortprinzip hemmen die Digitalisierung“.

| von **JÜRGEN FRITSCHKE**

## **THESE 1: DIE KUNDENPERSPEKTIVE IST ENTSCHEIDEND**

Wie in der .public-Ausgabe 02-2017 beschrieben, werden digitale Prozesse und Plattformen der öffentlichen Verwaltung in Bezug auf Funktion, Design und Sicherheit immer mehr mit Lösungen der Privatwirtschaft verglichen. Die Kunden der Verwaltung – Bürger, Unternehmen und andere Behörden – erwarten zukünftig wie selbstverständlich, dass Onlinedienste der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung stehen. Und dass sie diese Dienste genauso komfortabel nutzen können wie die Online-services im täglichen Gebrauch (Banking, Mobilität, Kommunikation, Navigation, Konsum und vieles mehr).

Onlinedienste, die das gewohnte Anwendungsniveau nicht erreichen, werden nicht genutzt. Daher muss sich die öffentliche Verwaltung mehr in die Kundenperspektive versetzen und digitale Zugangskanäle schaffen, um eine medienbruchfreie Weiter-

gabe und Verarbeitung in der Verwaltung zu ermöglichen. Denn zukünftig wird es nicht mehr akzeptiert werden, sich für Behördengänge freizunehmen oder Formulare auszudrucken und sie unterschrieben per Post zurückzusenden oder persönlich abzugeben. Leistungen des Staates in einer leicht zugänglichen Art und Weise – ohne komplizierte Antragsverfahren – zur Verfügung zu stellen, wird immer wichtiger. Ein gutes Beispiel dafür ist die antragslose Familienbeihilfe (Kindergeld), die in Österreich bereits seit Mai 2015 praktiziert wird.<sup>2</sup>

## **DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG IN DEUTSCHLAND VERLANGT VIEL VON IHREN KUNDEN**

Um bestimmte Services der öffentlichen Verwaltung in Anspruch zu nehmen, ist in der Regel persönlicher Einsatz erforderlich. Aufgaben, die im europäischen Ausland längst automatisiert sind, müssen bei der deutschen Verwaltung häufig noch mit

<sup>1</sup> Siehe .public 02-2017

<sup>2</sup> <https://www.bmfj.gv.at/ministerin/Aktuelles/Themen/Antragslose-FBH.html>

Zeitaufwand durch den Kunden selbst erledigt werden. Innerhalb der Behörden ist zudem die manuelle Bearbeitung an der Tagesordnung. Statusinformationen über den Bearbeitungsstand erhält der Kunde in der Regel nicht, es sei denn, er fragt aktiv nach.

Selbst wenn man E-Government recht großzügig definiert als: Informationen und Dienste von Behörden und öffentlichen Einrichtungen (Kommune, Stadt, Landkreis etc.), die über das Internet genutzt werden können, wie zum Beispiel die elektronische Steuererklärung (ELSTER), Online-Informationen zu Öffnungszeiten oder Zuständigkeiten von Ämtern etc., hat Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wie Österreich, Schweiz oder Estland noch viel Aufholbedarf.

Im Vorreiterland Estland gibt es mittlerweile von der elektronischen Steuererklärung bis hin zum E-Voting rund 600 E-Government-Dienste. Aber auch Österreich und die Schweiz sind gute Beispiele für praktiziertes E-Government.

Wo es deutsche Behörden vielerorts nicht schaffen, einen Termin online buchbar zu machen, sind die einzigen drei Gründe, warum man in Estland überhaupt noch ein Amt von innen sehen muss, eine Heirat, eine Scheidung und der Kauf eines Hauses.

### **E-GOVERNMENT IST EIGENTLICH EINE GUTE IDEE**

Für die öffentliche Verwaltung ist E-Government eigentlich eine gute Idee. Es bietet sich als kosten-, umwelt- und nervenschonende Alternative zur oft als verstaubt empfundenen Papierbürokratie geradezu an. Und dass die Kunden grundsätzlich bereit sind, sich online zu betätigen, zeigen die Wachstumsraten bei Onlineshops, sozialen Medien, Buchungs- und Bewertungsportalen etc. E-Government-Angebote müssen aber, damit sie umfassend genutzt werden, konsequent aus der Anwender- oder Bürgersicht gedacht und ständig optimiert werden. Doch die vorhandenen E-Government-Angebote – so scheint es – können die steigenden Ansprüche einer digitalisierten Gesellschaft (noch) nicht zur Zufriedenheit erfüllen. Was also ist zu tun, um eine echte Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung zu erreichen? Es ist klar: Nur ein konkreter Mehrwert kann Kunden zu einer vermehrten Nutzung von E-Government motivieren.<sup>3</sup>

Ganz oben auf der Wunschliste stehen Schnelligkeit und Zeitersparnis: Anfragen sollen schnell beantwortet sowie Termine online vereinbart werden können und Wartezeiten auf dem Amt der Vergangenheit angehören. Eine zentrale Anlaufstelle im Internet soll für eine durchgängige, reibungslose und vollständige

Abwicklung sorgen. Bei alledem müssen Datenschutz- und Sicherheitsbedenken sehr ernst genommen werden. Gleichzeitig müssen einfache Bedienbarkeit und die Zuverlässigkeit der Systeme sichergestellt werden. Außerdem wird von den Behörden ein nachhaltiges, ökonomisches und umweltbewusstes Verhalten erwartet.

Doch selbst wenn digitale Behördenangebote zur Verfügung stehen, greifen nur 41 Prozent der Deutschen darauf zu. Verglichen mit Österreich (74 Prozent) und der Schweiz (61 Prozent), liegt Deutschland damit deutlich zurück. Dabei hat sich die Nutzung in Deutschland von 2012 (45 Prozent) bis 2017 (41 Prozent) sogar noch verschlechtert. Auch die Zufriedenheit derer, die E-Government-Angebote nutzen, hat in den letzten Jahren abgenommen. In Deutschland ist die Zufriedenheit der Nutzer um 8 Prozent auf nun 54 Prozent gesunken. Aber auch in Österreich und der Schweiz ist die Tendenz fallend.<sup>4</sup> Es scheint, als könnten die bereits vorhandenen Angebote den hohen Anspruch der digitalisierten Gesellschaft nicht erfüllen.

Gibt es so wenig Onlineangebote von Behörden, weil die Bürger sie nicht nutzen? Oder nutzen so wenig Bürger die Behördenangebote im Internet, weil es so wenig davon gibt? Hier lohnt es sich, näher hinzuschauen.

Wie so häufig sind die Gründe für die geringe Nachfrage vielfältig. Sie reichen von fehlenden Informationen zum vorhandenen Angebot über die Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung von E-Government bis hin zu mangelnder Durchgängigkeit und fehlender Benutzerfreundlichkeit bei der Darstellung der Onlineangebote. Allerdings hat der aktuelle E-Government-Monitor (2017) auch festgestellt, dass die Kenntnis von E-Government-Diensten nicht automatisch dazu führt, dass sie genutzt werden.<sup>5</sup>

Der wahrscheinlich naheliegende Grund für zurückgehende Nutzung von und Zufriedenheit mit Onlineangeboten ist, dass der Anspruch der Kunden an Onlinedienste kontinuierlich steigt, weil die im privaten Umfeld genutzten Onlineservices ständig verbessert werden. Jeder kennt es aus eigenen Erfahrungen: Apps, die nicht intuitiv bedienbar und effektiv sind, werden nicht genutzt. Eine Internetseite, die nicht gut strukturiert ist oder nicht zuverlässig funktioniert, wird nicht mehr besucht.

Ein weiterer wichtiger Grund: Es ist nicht bekannt, wo man Onlineservices der Verwaltung überhaupt finden kann. Es fehlt der zentrale Einstiegspunkt, um Angebote aller Behörden im Internet schnell zu finden. Stattdessen gibt es zahlreiche Internetseiten aller Behörden in Deutschland. Aus Kundenperspektive ge-

<sup>3</sup> Ebenda, S. 9

<sup>4</sup> eGovernment Monitor 2017, Initiative D 21, S. 8, [http://www.egovernment-monitor.de/fileadmin/uploads/Studien/eGovMon2017\\_RZ\\_FINAL\\_WEB.pdf](http://www.egovernment-monitor.de/fileadmin/uploads/Studien/eGovMon2017_RZ_FINAL_WEB.pdf)

<sup>5</sup> eGovernment Monitor 2017, Initiative D 21, S. 13, [http://www.egovernment-monitor.de/fileadmin/uploads/Studien/eGovMon2017\\_RZ\\_FINAL\\_WEB.pdf](http://www.egovernment-monitor.de/fileadmin/uploads/Studien/eGovMon2017_RZ_FINAL_WEB.pdf)








Prio	Dimenison	Leitfragen	Auswirkungen
1	 <b>GESCHÄFT:</b> Anpassungsfähigkeit	Wie stark verbessert die Lösung die Fähigkeit der Verwaltung zur schnellen Anpassung an veränderte Anforderungen?	Verwaltungsabläufe (Geschäft) werden im PS hauptsächlich durch politische Entscheidungen verändert, nicht durch die Verwaltung selber.
2	 <b>PRODUKTIVITÄT:</b> Prozessoptimierung	Wie stark trägt die Lösung zur Optimierung von Prozessen bei? Sind Informationen für Berechtigte online und mobil zugreifbar? Sind Prozessketten digital ohne Medienbruch?	Stärkere integrierte digitale Abbildung hat die größte Auswirkung auf Effizienz und Effektivität.
3	 <b>BRANCHE:</b> Kollaboration	Wie stark verbessert die Lösung die Zusammenarbeit zwischen Behörden, Bürgern und Unternehmen?	Beispiel für gute Lösungen: Bundesportal, Länderportale, KONSENS in der Steuerverwaltung, Servicekonto in BY und HE
4	 <b>FACHLICHKEIT:</b> Serviceverbesserung	Wie stark verbessert die Lösung den Nutzen des Anwenders (Verwaltungsmitarbeiter, Bürger, Unternehmen)?	Neue Lösungen müssen messbare Verbesserung der Qualität bringen. Anwender können i. d. R. nicht zu anderen Anbietern wechseln.
5	 <b>NACHHALTIGKEIT:</b> Ressourcenstabilität	Wie stark berücksichtigen die wesentlichen Aspekte der Lösung langfristige Wirtschaftlichkeit?	Schwerpunkt sollte wirtschaftliche Nachhaltigkeit sein.
6	 <b>TECHNOLOGIE:</b> Innovationsrate	Wie hoch ist bei den wesentlichen technischen Aspekten der Lösung die Adoptionsrate neuer Technik und Konzepte?	Neue Technik ist kein Selbstzweck, sie muss zu den höher priorisierten Dimensionen beitragen.
7	 <b>METHODIK:</b> Kreativitätshebel	Wie hoch ist bei dem wesentlichen Vorgehen zur Lösungsfindung die Einsatzrate von Ideenfindungs- und Design-Methoden?	Digitalisierung führt zu einem Wandel in der Berufswelt. Die Lösung komplexer Probleme erfordert kreative interdisziplinäre Zusammenarbeit sowie den Austausch von Ideen.

Abbildung 1: msg-Ansatz für einen priorisierten Digitalisierungsindex für Behörden

dacht: Das Finden der Dienste steht nicht im Vordergrund, eher das Suchen nach Diensten auf den Behördenseiten des Bundes, der Länder, der Kommunen.

Eine zentrale Anlaufstelle bedeutet: Es gibt eine Internetseite (Portal), auf der sich jeder Bürger anmelden und wo er alle Dienste finden kann, die er aufgrund einer seiner Lebenslagen (Arbeit, Auslandsreise, Bauen, Fahrzeuge, Kinder, ...) von staatlichen Behörden, sei es auf kommunaler, auf Landes- oder auf Bundesebene, benötigt.

Gleiches gilt für Unternehmen, die digitale Zugänge für die unterschiedlichsten Unternehmenslagen (Arbeitgeberthemen, Bauen, Beschäftigung ausländischer Mitarbeiter, gefährliche Güter, ...) benötigen. Auch aus Sicht der Unternehmen müssen behördliche Strukturen effizienter werden. Als Beispiel bietet

sich die Unternehmenslage „Bauen“ mit den Phasen, die zum Beispiel bei Großprojekten zwischen den Industriepartnern i. d. R. bereits digital auf einem Datenbestand erfolgen: Frühphase, Planung, Genehmigungsphase, Ausführung, Betrieb. So hat die Deutsche Bahn viele Pilotprojekte zum digitalen Planen und Bauen,<sup>6</sup> doch regelmäßig fehlen die Schnittstellen zu den vielen beteiligten Behörden. Damit können die Vorteile der Digitalisierung nicht ausgeschöpft werden, und Großprojekte verzögern sich unnötig. Ein klassisches großes Neu- und Ausbauprojekt dauert derzeit 20 Jahre, wobei alleine 70 Prozent der Zeit bis zur Baugenehmigung gebraucht werden, nur 30 Prozent der Zeit fließen dann in die Bauausführung.<sup>7</sup> Zum Zeitpunkt der Ausführung entsprechen die Bauwerke dann oft nicht mehr dem Stand der Technik oder benötigen wegen geänderter Rechtslage neue Genehmigungen und Finanzmittel. Unrühmliche Beispiele sind der Flughafen Berlin oder Stuttgart 21.

<sup>6</sup> [http://www.deutschebahn.com/de/Digitalisierung/DB\\_Digital/digitale\\_produkte/16359306/digitalbaubauen.html](http://www.deutschebahn.com/de/Digitalisierung/DB_Digital/digitale_produkte/16359306/digitalbaubauen.html)

<sup>7</sup> FAZ vom 13.01.2017, „Wie Großprojekte künftig klappen können“

Die dritte Kundengruppe, nämlich Behörden als Kunden von Behörden, wurde beim herkömmlichen E-Government-Ansatz noch gar nicht bedacht. Doch auch sie benötigen Zugänge zu Online-services anderer Behörden.

In Bezug auf die Auffindbarkeit der Services soll der Portalverbund Abhilfe schaffen. Das neue Onlinezugangsgesetz verpflichtet Bund und Länder, ihre Verwaltungsportale zu einem Portalverbund zu verknüpfen. Dessen Sinn und Zweck soll sein, Dienste für Bürger und Unternehmen (nicht für Behörden) besser auffindbar zu machen. Noch gibt es das Portal nicht, doch es soll innerhalb der nächsten Jahre verfügbar sein und dann den Einstiegspunkt für Kunden abbilden. Wobei die hinter dem Portaleinstiegspunkt liegenden Services noch nicht festgelegt sind – sie hängen dann vom Digitalisierungsgrad der Behörden ab.

### **WIE STEHT ES UM DEN DIGITALISIERUNGSGRAD UNSERER BEHÖRDEN?**

Innerhalb einer Behörde reicht es nicht, Prozesse „einfach nur“ zu digitalisieren, also ihre Medienbruchfreiheit und ihre Automation sicherzustellen. Will man echte Digitalisierung, dann sind die Informationen behörden- und ressortübergreifend auszutauschen. Der Grad der Digitalisierung einer Behörde kann anhand der Dimensionen in Abbildung 1 festgemacht werden. Der Digitalisierungsindex enthält Leitfragen, die auf in Planung befindliche Lösungen angewendet werden können. Ebenso lassen sich die Leitfragen zum Status quo einer Behörde einsetzen.

Diese Priorisierung stellt den Zweck einer Behörde, ihr Geschäft und ihre Anpassungsfähigkeit an die oberste Stelle. Behörden müssen die Erfüllung von Aufgaben im gesetzlichen Rahmen sicherstellen. Die Produktivität wird verbessert, wenn Daten und Informationen für Berechtigte einfach zugänglich sind und Prozesse ohne fehlerträchtige Medienbrüche ablaufen können. Bei den komplexer werdenden staatlichen Aufgaben interagieren zunehmend mehr staatliche Stellen, sodass die Zusammenarbeit (Kollaboration) einen hohen Stellenwert einnimmt. Der Anwendernutzen kommt in der Priorisierung an vierter Stelle. Die drei vorhergehenden Dimensionen sind die Voraussetzung dafür, dass der fachliche Service den Anwendererwartungen entsprechen kann. Die Technologie hat – in Dimension sechs – einen nachgeordneten Stellenwert. Als Mittel zum Zweck muss sie stets in Betracht gezogen werden, doch liegen die für die Digitalisierung wichtigen Optimierungshebel in anderen Dimensionen einer Behördenorganisation.

### **THESE 2: FÖDERALISMUS UND RESSORTPRINZIP HEMMEN DIE DIGITALISIERUNG**

In der Bundesrepublik Deutschland ist der Föderalismus durch Artikel 20 des Grundgesetzes ein Staatsstrukturprinzip und grundlegender Teil des politischen Systems. Zudem legt die Ewigkeitsklausel fest, dass er unabänderlich festgeschrieben ist.

Unbestritten sind die Vorteile des föderalen Staatsaufbaus, zum Beispiel der Schutz vor Machtmissbrauch, der durch Wechselseitigkeit vorhandene Kompromisszwang, der Länderwettbewerb, die Vielfalt wirtschaftlicher, kultureller und politischer Mittelpunkte in Deutschland. Doch auch einige Nachteile liegen auf der Hand: Uneinheitlichkeit, hohe Komplexität durch 16 (+1) verschiedene Entscheidungszentren, Zeitaufwand aufgrund langwieriger Verhandlungen von Bund und Ländern und eine teure Administration. Ein föderaler Staatsaufbau ist eben nicht auf Effektivität ausgelegt. Die Kehrseite: Gerade aufgrund des Föderalismus wäre es für ein einzelnes Bundesland möglich, aus dem gewohnten Rahmen auszubrechen, um seine Effektivität zu verbessern. Wenn der als Vorteil des Föderalismus genannte Länderwettbewerb tatsächlich stattfände, müsste eine moderne Bildungspolitik eines innovativen Bundeslandes Vorbildcharakter für andere Bundesländer haben. Zwar sind einige Bundesländer in der Bildungspolitik etwas innovativer als andere, doch fehlt entweder noch immer ein echtes Vorbild, oder der Länderwettbewerb durch den Föderalismus ist eine Mär.

### **DAS FÖDERALE BILDUNGSSYSTEM IN DEUTSCHLAND**

Deutschlands Rückstand bei der Digitalisierung ist auch im Schul- und Universitätssystem begründet, das wenig Wandel und Innovation zulässt. Digitalisierung ist an Schulen immer noch kein Thema, Abiturienten werden von ihren Lehrern im Bereich der MINT-Technologien nicht auf die moderne Berufswelt und den schon überall sichtbaren Wandel vorbereitet. Neugierde, Begeisterung und Interesse für Neues entstehen so bei den Schülern nicht.

In Großbritannien steht das Fach „Computing“ seit 2014 bereits ab der Grundschule auf dem Lehrplan. In Estland lernen Kinder schon seit fünf Jahren standardmäßig Programmieren – nicht, um aus allen Schülern später Programmierer zu machen, sondern, wie bei anderen Fächern auch, das Verständnis für die Materie zu entwickeln. In Deutschland hingegen passiert in dieser Hinsicht zu wenig. Das ist fatal, denn durch die Digitalisierung wird Informatik in Zukunft immer wichtiger werden. Nach der Reifeprüfung ist daher vielen Abgängern unklar, welches Studium sie ergreifen sollen. Allzu oft werden die MINT-Studienfächer

Die Schule soll ja nicht nur dem Erwerb von Wissen dienen, sondern auch die persönlichen, sozialen und kreativen Fähigkeiten der Kinder fördern. Glauben Sie, dass die Schule dieser Rolle heutzutage weitgehend gerecht wird?

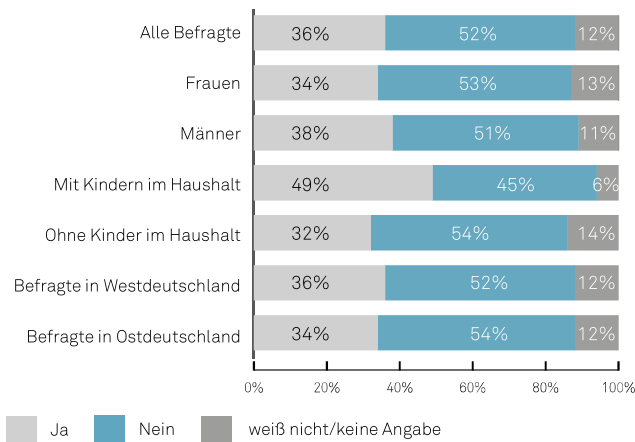


Abbildung 2: Deutsche glauben nicht daran, dass Schule die Kinder adäquat auf die Welt der Erwachsenen vorbereitet, Quelle: statista

als zu komplex empfunden oder sind (immer noch) zu wenig bekannt. Physik, Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Informatik scheinen zu technisch oder abstrakt und gelten auch noch als schwer. Einzig Bayern hat das Thema Informatik schon seit 2003 als Pflichtfach ab Klasse 6 in den Gymnasien eingeführt.

Wenn aber Deutschland auch in Zukunft mit seinen Produkten noch attraktiv sein und mit dem Ausland bei der Digitalisierung mithalten möchte, braucht es Nachwuchs, der sich mit Freude und echtem Interesse auch in die MINT-Ausbildungsgänge drängt. Junge Leute müssen dafür begeistert werden, technische Studiengänge zu belegen.

Meinung der Schüler zu Informatik als Pflichtfach in den Klassen 5 bis 10 in den Jahren 2007 und 2010

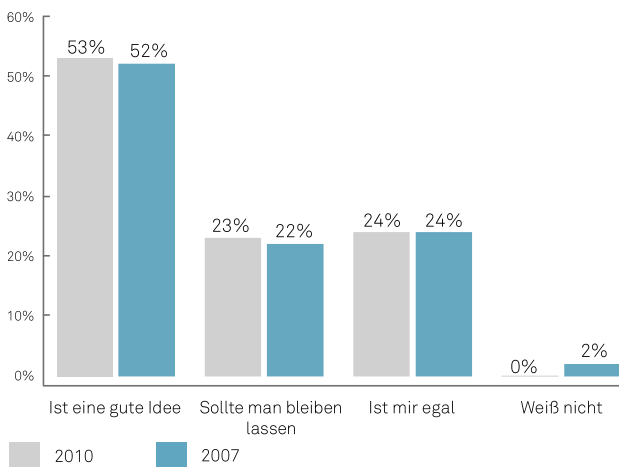


Abbildung 3: Schüler würden Informatik als Pflichtfach begrüßen, Quelle: statista

8 Quelle: BMWi

## VORSICHT DOMINOEFFEKT

Wenn nicht genügend Nachwuchs in den technischen Ausbildungsgängen verfügbar ist, sind deutsche Firmen immer mehr dazu gezwungen, Spezialaufgaben ins Ausland zu verlagern. Doch wenn bereits die anspruchsvollen Aufgaben der untersten Qualifikationsebene ausgelagert werden, wird schon früh ein Effekt des schwindenden Fachwissens erzeugt. Und wenn die Arbeiten der untersten Ebene, die bislang zur Vorbereitung auf die Arbeiten der nächsthöheren Ebene diente, ausgelagert sind, können keine oder zu wenige Mitarbeiter für die nächsthöhere Ebene qualifiziert werden. Dann bleibt nur, entweder die Fachleute für die zweite Ebene aus dem Ausland zu holen (Einwanderung) oder auch diese Ebene ins Ausland zu verlagern (Export von Arbeit und Wissen). Denn dort gibt es ja genug Mitarbeiter mit entsprechender Vorqualifikation, die bereit zum Sprung auf die nächste Stufe sind. Einmal angestoßen, setzt sich dieser Effekt immer weiter fort. Es ist ein Selbstläufer über alle Ebenen – in Gang gesetzt vom schwindenden Fachwissen.

Von diesem Problem ist vor allem der Mittelstand in Deutschland betroffen. Dort gibt es noch viele Weltmarktführer, die zwar in der Branche sehr bekannt sind, aber von potenziellen Bewerbern auf dem Arbeitsmarkt neben Größen wie Google, Apple, Microsoft, Mercedes nicht wahrgenommen werden. Und der Mittelstand ist noch immer das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands. 99,6 Prozent aller Firmen in Deutschland sind Mittelständler, sie stellen knapp 60 Prozent aller Arbeitsplätze (16 Millionen) in Deutschland<sup>8</sup> und mehr als 80 Prozent aller Ausbildungsplätze. In der Ausbildung, so, wie sie heute noch in Vorschulen, Schulen,

Die 10 Länder mit dem schnellsten Internetzugang + Deutschland im 1. Quartal 2017

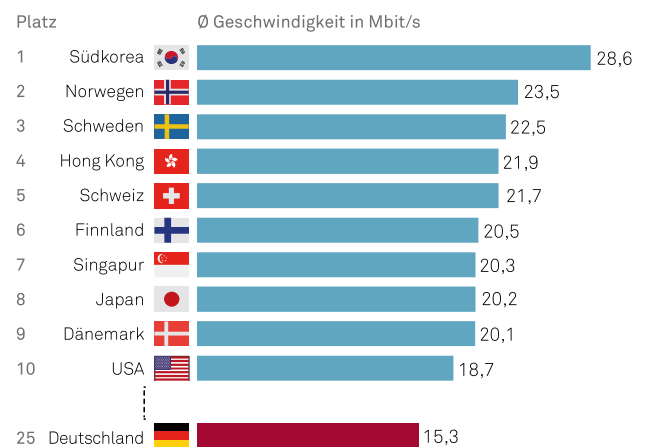
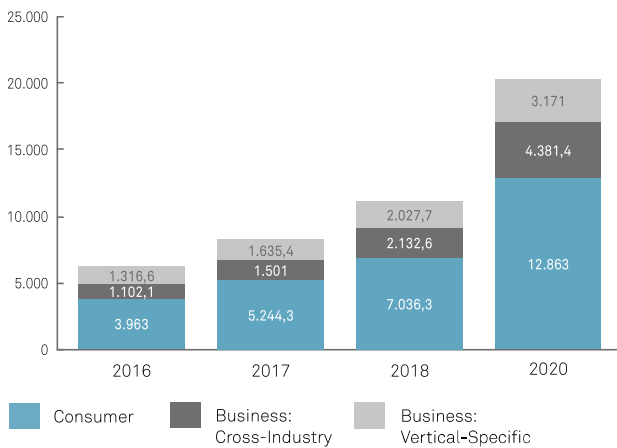


Abbildung 4: Deutsche sind im Internet vergleichsweise langsam unterwegs, Quelle: statista

Prognose zur Anzahl der vernetzten Geräte im Internet der Dinge (IoT) weltweit in den Jahren 2016 bis 2020 (in Millionen Einheiten)



Monatliches Datenvolumen des privaten und geschäftlichen IP-Traffics weltweit in den Jahren 2014 bis 2016 sowie eine Prognose bis 2021 (in Exabytes)

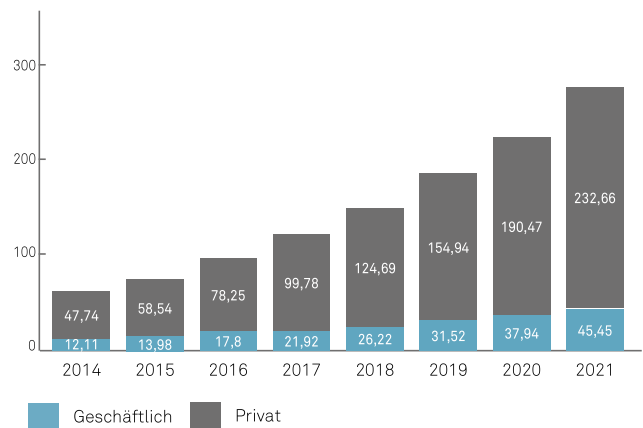


Abbildung 5: Sowohl die Devices als auch der Internetverkehr steigen weltweit weiter stark an, Quelle: statista 2017 & Cisco Systems

Hochschulen praktiziert wird, spielt gesellschaftlicher Wandel durch weiterentwickelte Technik und weltweite Vernetzung eine viel zu kleine Rolle – während er in anderen Ländern immer mehr an Fahrt aufnimmt. Die moderne Bildungspolitik eines innovativen Bundeslandes könnte – Föderalismus sei Dank – Vorbildcharakter für andere Bundesländer haben.

### DIE GIGABIT-GESELLSCHAFT<sup>9</sup>

Für die Zukunftsfähigkeit sind digitale Straßen wichtiger als Autobahnen – doch bislang herrschen in Deutschland zumeist digitale Landstraßen vor. Auch die Mobilfunkabdeckung lässt im Hochindustrialand Deutschland zu wünschen übrig, von einem flächendeckenden Breitbandinternet ganz zu schweigen.

Dabei steigt der Bedarf an Bandbreite stetig an. Dafür sorgen neben immer mehr Endgeräten auch die Erwartung, „always online“ sein zu können und alle Inhalte zu „streamen“. Die Onlinenutzung nimmt in allen Lebensbereichen kontinuierlich zu. Cisco prognostiziert, dass 2021 in Deutschland pro Kopf 9,5 digitale Endgeräte existieren (2016: 5,6 Endgeräte/Kopf) und der Daten-Traffic pro Kopf 74 GB/Monat umfasst (2016: 26,2 GB/Monat).<sup>10</sup> Deutschland als Hochindustrialand muss auch in diesem Feld endlich aufholen, will es nicht vom Weltmarkt „abgekoppelt“ werden.

Auch der Festnetzausbau in Deutschland ist eine kritische, weil zukunftsentscheidende Infrastruktur. Er wird nach Schätzungen 100 Mrd. Euro kosten. Dieses Geld muss Deutschland dringend investieren – und vor allem muss es schnell handeln! Politisch wird das Thema zwar schon lange in Berlin diskutiert, aber es passiert nichts.

Wie bereits etablierte Firmen mit dem Problem zu geringer Bandbreite umgehen und welche Nachteile dadurch dem Hochtechnologiestandort und Exportweltmeister Deutschland drohen, ist eine Sache. Sehr viel schlimmer ist, dass Deutschland als Standort für Neugründungen im Digitalbereich immer unattraktiver wird, wenn die Infrastruktur den Mindestansprüchen nicht genügt. Diese Neugründungen sind jedoch die Arbeitgeber von morgen. ●

**ANSPRECHPARTNER – JÜRGEN FRITSCHÉ**  
Leiter Branche Public Sector



<sup>9</sup> <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2017/08/2017-08-30-breitbandausbau.html>

<sup>10</sup> [https://www.cisco.com/c/dam/m/en\\_us/solutions/service-provider/vni-forecast-highlights/pdf/Germany\\_Device\\_Growth\\_Traffic\\_Profiles.pdf](https://www.cisco.com/c/dam/m/en_us/solutions/service-provider/vni-forecast-highlights/pdf/Germany_Device_Growth_Traffic_Profiles.pdf)